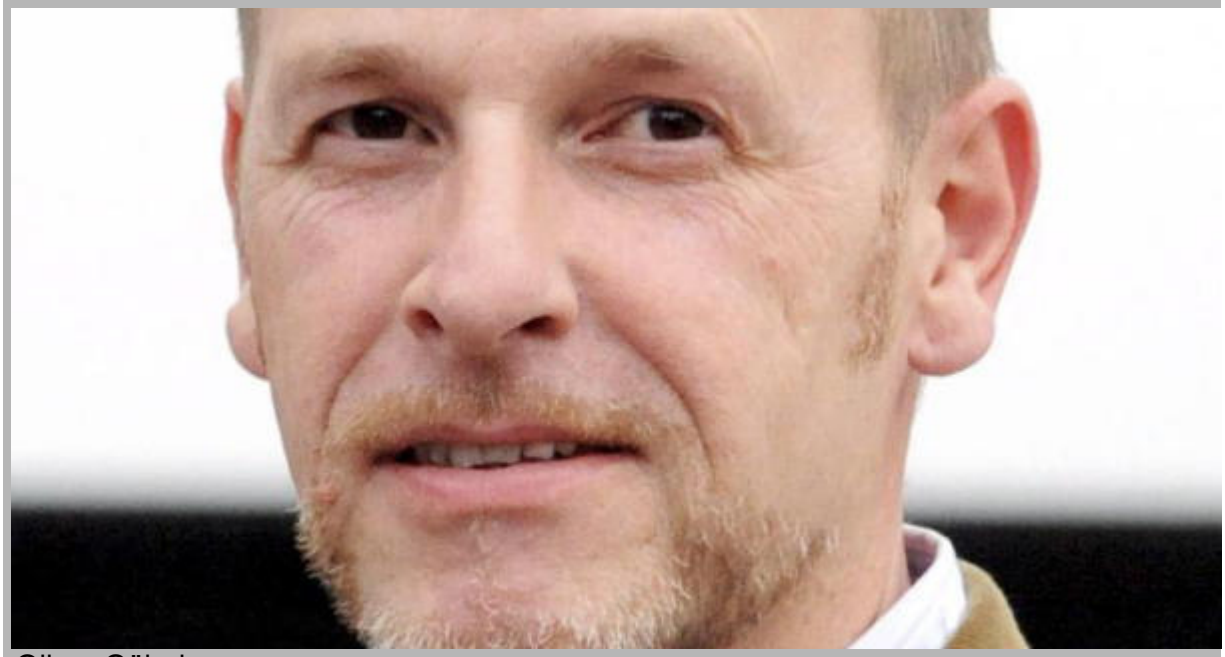
Markomannenweg

CDU: Magistrat drückt sich

07.04.2015 Von Holger Vonhof
Seit sechs Monaten wartet der Ortsbeirat 6 auf eine Auskunft des Magistrats, wie es im Markomannenweg weitergehen soll. Vergeblich. Das will sich die CDU nicht länger gefallen lassen.



Oliver Göbel

Unterliederbach. Der Streit um die weitere Bebauung des Grundstücks am Markomannenweg wird noch einmal im Ortsbeirat 6 (Frankfurter Westen) behandelt: CDU-Ortsbeiratsmitglied Hans-Christoph Weibler fordert in einem Antrag für die Sitzung des Ortsbeirats am 22. April den Magistrat auf, die im September 2014 vom Ortsbeirat beschlossenen Anregungen und Anfragen zu diesem Thema endlich zu beantworten. Nachdem der Ortsbeirat im Spätsommer einstimmig beschlossen hatte, dass es im Markomannenweg bei der ursprünglich geplanten Bebauung mit Reihenhäusern bleiben soll, warten die Stadtteilparlamentarier und die Unterliederbacher Bürger noch immer vergeblich auf eine Stellungnahme des Magistrats – seit sechs Monaten. Außer der Mitteilung, dass die Beratungen noch nicht abgeschlossen seien, wurde bislang nichts verlautbart. „Vielleicht wollen der Oberbürgermeister und der Planungsdezernent die Sache aussitzen?“, mutmaßt Weibler. „In Unterliederbach sind die Bürger über dieses Verhalten empört, was sich letztens auch in der vergeblichen Neuwahl beim Nachbarschaftsverein Unterliederbach gezeigt hat. Man fühlt sich vom Oberbürgermeister und vom Planungsdezernenten verschaukelt.“

Ohne Vorstand

Wie berichtet, hatte sich der fünfköpfige Vorstand des Nachbarschaftsvereins Unterliederbach geschlossen nicht zur Wiederwahl gestellt – und dafür Applaus von den Mitgliedern bekommen. Es war eine Geste des Protests gegen das Vorhaben der städtischen Wohnungsbaugesellschaft ABG Frankfurt Holding, am Markomannenweg

statt der bisher geplanten zwölf Reihenhäuser einen dreigeschossigen Wohnblock zu errichten. Die weitere Verdichtung des Quartiers nahe der Autobahn empfinden der Nachbarschaftsverein wie auch viele Anwohner als fatal. Am Markomannenweg sollten rund 7800 Quadratmeter neue Wohnfläche entstehen, inzwischen sind es mehr als 21 000 Quadratmeter. Nachdem schon auf das ursprünglich geplante Nachbarschaftshaus verzichtet wurde, sieht der Vorstand des Nachbarschaftsvereins die ABG-Pläne als „Schlag ins Gesicht all derer, die sich über Jahre in unserem Stadtteil für die Engelsruhe eingesetzt haben“. Die ABG habe ihre Zusagen nicht eingehalten. Derzeit ist der Vorstand des Vereins nach deutschem Vereinsrecht kommissarisch im Amt.

Planungsdezernent Olaf Cunitz hat ihn zu einem Gespräch eingeladen, an dem auch ABG-Geschäftsführer Frank Junker teilnehmen wird. Es soll ebenfalls am 22. April stattfinden (wir berichteten). Junker will den Nachbarschaftsverein davon überzeugen, dass der geplante Wohnblock sozialverträglich sein wird. Geplant sind dort Wohnungen für das Mittelstandsprogramm der Stadt, also Wohnungen für Menschen, die zu viel verdienen, um eine Sozialwohnung zu bekommen, aber zu wenig, um auf dem Frankfurter Wohnungsmarkt mithalten zu können. Die Nachfrage nach diesen Wohnungen ist seit Jahren hoch.

„Argument zählt nicht“

Für den Nachbarschaftsverein, allen voran Vorsitzender Oliver Göbel, zählt das Argument der ABG nicht, Reihenhäuser seien an diesem Standort nicht wirtschaftlich zu vermarkten – das habe zuletzt die Bekundung der Firma Wilma Wohnen Süd GmbH gezeigt, die am Markomannenweg jederzeit Reihenhäuser bauen würde. Ortsbeirat Weibler hält für geboten, dass der Magistrat nun auf die Anfrage des Ortsbeirats antwortet und die Unterliederbacher Bürger nicht weiter vertröstet. Das Gesprächsangebot am 22. April will der Nachbarschaftsverein wahrnehmen.